

Bezugspreise:
Die Halle monatlich bei zweimonatlicher
Auslieferung 7,50 Mark, vierteljährlich
22,50 Mk., durch die Post monatlich
2,25 Mk., die halbjährlich 24,75 Mk.
einzelne Auslieferungsgelder, Be-
stellungen werden von allen Reichs-
postämtern angenommen. Im
amtlich, Zeitungsvorzeichen unter
Ecole-Zeitung eingetragen. Für
unverlangt eingegangene Manu-
skripte wird keine Gewähr über-
nommen. Nachdruck nur mit der
Quellenangabe. Ecole-Zeitung ge-
gründet. Fernr. der Geschäftsleitung Nr.
1140, der Anzeigen-Abt. Nr. 1133
u. 1133, der Bezugsp.-Abt. Nr. 1133.

Morgen-Ausgabe.

Volks-Zeitung

Funfundfünfzigster Jahrgang.

Anzeigenpreise:
Die 8 gespaltene 34 mm breite Miß-
maße Seite oder deren Raum 60 Pf.,
Dritteile aber und reichhaltiger. Der Raum
die 92 mm breite Mißmaße Seite
2,50 Mark. Anzeigen nehmen an
unserer Geschäftsstelle, a. Familien-
Anzeigengeschäfte. Erfüllungsort
Halle. Erstemmal täglich 2 mal,
Sonntags um Mittag 1 mal.
Geschäftsleitung und Haupt-Ge-
schäftsstelle: Halle, Neue Promen-
ade 1a, Dr. Braunhauß, 17.
Liebern - Geschäftsstellen: Große
Mühlstraße 52 und Markt 24,
Postfach-Konto Leipzig Nr. 4004.

Nr. 241.

Halle, Freitag den 27. Mai 1921.

Einzelpreis 30 Pfg.

Briands Wandel.

(Von unserem Berliner Mitarbeiter.)

Interessant fast noch als die Rede des französischen
Ministerpräsidenten ist ihr Echo in der französischen Presse.
Selbst Blätter wie der „Figaro“, die sonst sehr erheblich auf
den billigen Beifall des Boulevardspatzen, können nicht
umhin, die Rede zu loben. Will man bei uns den richtigen
Maßstab gewinnen, so muß man sich vor allen Über-
schätzungen hüten. Es kann keinem Zweifel unterliegen,
daß Briand erkannt hat, daß Frankreichs Interesse nicht
dort liegt, wo man immer nach neuen militärischen Spät-
zeren ruft. Sein Parlament ist dieser Stimmung außer-
ordentlich geneigt und zugänglich, aber wenn in überlegen-
den Führer den Mut aufbringt, die Schädlichkeit einer solchen
Politik nachzuweisen, so vermag er sich selbst beim nationalen
Blod durchzusetzen. Briand hat erkannt, daß die Politik der
gepanzerten Faust Frankreich in eine Isolierung hinein-
drängt, die im Augenblick billige nationalistische Erfolge er-
möglich, auf die Dauer aber Frankreich den schlimmsten
Schaden zufügt. Darum lenkte er ein, um vor allem die
Führung mit seinen Alliierten nicht zu verlieren.

Die deutsche Politik der letzten Wochen hat ihm allein
ein Einlenken ermöglicht. Wenn es auch heute noch bei uns
Kreise gibt, die der kindlichen Hoffnung leben, daß eine ex-
plizite Entladung der natürlichen Entspannung vorzuziehen
gewesen wäre, so kann man mit ihnen keine ernsthafte poli-
tische Aussprache pflegen. Es kann keinem Zweifel unter-
liegen, daß die gegenwärtige Reichsregierung einen außen-
politischen Erfolg von tiefster Wirkung erzielt hat. Man
mole sich jetzt einmal die Wirkungen einer Ablehnung im
Sinne des Herrn Bergt aus. Im Einverständnis mit allen
Alliierten wäre auf unabsehbare Zeit das Ruhrrevier be-
setzt worden. Polen hätte von ganz Oberhessen Besitz er-
griffen. Der neuentstandene französische Nationalismus hätte
sich in seinen Forderungen nicht überboten. Anstatt daß
unser Gesetzgebung die Aufbringung der Lasten nach den
uns zweckmäßig erscheinenden Methoden vorzuziehen, würde
der französische Sieg, was ihm beliebt. Die deutsche
Wirtschaft, von der Ausfuhr abgeschnürt und an der Einfuhr
gehindert, würde ohne Kohlen in Kürze vor einer rasenden
Teuerung bei gleichzeitiger Massenarbeitslosigkeit stehen.
Wir wären um nichts billiger, aber um vieles schrecklicher
weggenommen. Chaos und Reichsverfall würden uns
drohen. Anders jetzt. Herr Briand konnte den Führern
des nationalen Blodes, die noch in einer besonderen Depu-
tation zu ihm gekommen waren, erklären, daß er das Ruhr-
revier wegen Oberhessen nicht besetzen könne, ohne die
Verbindung mit England zu verlieren. Durch die ener-
gischen Maßnahmen gegen die Freikorps hatte man Briand
auch den letzten Vorwand genommen. Gewiß, die Rede
Briands bedeutet in ihrem gemäßigten Tone zunächst noch
nicht viel. Sie enthält Zweideutigkeiten und Irrtümer, die
unser Diplomate zu erneuter Aufmerksamkeit nötigen.
Der französische Ministerpräsident fortsetzte wieder den
Irrtum, daß sich der oberhessische Grabenbesitz in der
Mehrsheit seiner Bevölkerung für Polen ausgesprochen habe.
Man kann demgegenüber nicht scharf genug hervorheben,
daß Oberhessen und auch der Industriebezirk eine sichere
deutsche Wehrzeit aufweisen. Es kann für Deutschland und
insbesondere für die Regierung Wirth kein Kompromiß
geben, wo es sich um eine Frage des Rechts handelt.

Herr Briand hat der Regierung Wirth nachgehakt, sie
habe sich jetzt Beweise einer großen Aufrichtigkeit und
Loyalität gegeben. Sie habe ohne Hinterhältigkeit und
Verzug das nötige getan. Der französische Ministerprä-
sident mußte diese Tatsachen aussprechen, wenn er den nationa-
listischen Rännebeln entgegenzutreten wollte. Bis hier haben
auch die rechtsbestimmten Kreise in Deutschland vorgegeben,
eine Politik der Offenheit und Ehrlichkeit zu billigen. Nun
sie so getrieben wird, daß auch der Gegner ihr die Aner-
kennung nicht verlagern kann, kommen die heulenden Demag-
ogien aus dem deutschnationalen Lager und erklären das
Vob aus Feindesmund für die größte Schande und schlimmste
Demütigung. Ja die volksparteiliche „Tägliche Rundschau“
gibt sich ihnen zu und ruft verheerend aus: Dieser geht es
nicht! Sie will wohl mit diesem Satze ihre eigene Demag-
ogie kennzeichnen. Der volksparteiliche Führer Dr. Strese-
mann hat vor einigen Tagen in Freiburg erklärt, die
Entente hätte den größten Wert auf die Mitwirkung der
Deutschen Volkspartei in der deutschen Regierung gelegt.
Wenn die Theorie des Berliner volksparteilichen Blattes
richtig wäre, so müßte jetzt die Deutsche Volkspartei vor
Scham in die Erde sinken. Aber im Ernst gesprochen: Die
deutschen Nationalisten, die sich der verantwortlichen Mit-
wirkung an der neuen Regierung feig oder leichtfertig ent-
ziehen, möchten jetzt nicht eingestehen, daß die Politik vom
10. Mai bisher eine über alle Erwartungen große Recht-
fertigung erfahren hat. Wir warnen, wie gesagt, vor
Überbeschätzungen hinsichtlich der Zukunft. Aber darüber
kann kein Zweifel bestehen, daß in der Gegenwart dem
Vaterlande zweifellos Schaden erspart geblieben ist. Diese
Tatsache kann die besterliche Agitation von rechts weder vor
der Welt noch vor dem deutschen Volke verhehlen. Es
wird noch unendlich schwer sein, das Steuer des Staates so

zu führen, daß das Schiff nicht doch noch strandet. Dazu be-
darf es der rüchhaltigen Hingabe aller Kräfte im Vater-
lande. Die Zerklüftung der nationalitätlichen Agitation können
dem Kurs noch gefährlich werden. Erkennt aber das Volk
in seiner großen Mehrheit ihr wahres Wesen, dann wird
es dennoch gelingen, in absehbarer Zeit in das Meer der
Freiheit zu gelangen.

Vor der Konferenz in Boulogne.

Nach dem „Zeit Journal“ wird die Konferenz des
Obersten Rates in den ersten Junitagen in Bou-
logne stattfinden. Hauptgegenstand der Beratungen wird
die Lösung der oberhessischen Frage sein. Diplomatische
Agenten sind bereits in Boulogne eingetroffen, um die er-
forderlichen Vorbereitungen für die neue Besprechung zu
treffen, deren genaues Datum unmittelbar nach dem Schluß
der französischen Kammerdebatte festgelegt wird.

Wie das Blatt weiter berichtet, dauert der rege Mei-
nungsaustausch zwischen den Botschaftern von Paris, London
und Rom über eine mögliche Lösung der oberhessischen
Frage weiter an. Graf Siora empfing gestern in Rom
den britischen Gesandten, Ministerpräsident Briand
hatte gestern vormittag zweimal längere Besprechungen mit
dem italienischen Botschafter, und in London unterhielt sich
Lord Curzon gleichfalls mit dem italienischen Botschafter.
In Paris wurde man, wie das „Zeit Journal“ aus-
führt, die Einigung eines internationalen Aus-
schusses von Juristen und wirtschaftlichen
Sachverständigen sehr begrüßen. Dieser Ausschuss
hätte zur Aufgabe, die oberhessische Frage lediglich vom
technischen Standpunkt zu studieren, besonders die Lei-
stung der Fugkäufe und der elektrischen
Kraft. Auf diese Weise soll sowohl den Deutschen wie den
Polen die Möglichkeit gegeben werden, die Arbeit in der
bisherigen Weise fortzuführen.

Englisch-französischer Notenwechsel.

Wie „Zeit Parisien“ meldet, hat die englische Regie-
rung gestern der französischen Regierung eine Note über
die Ereignisse in Oberhessen überreicht
lassen. In der Note wird besonders auf die Instruktionen
hingewiesen, die dem britischen Botschafter in Berlin
d'Abernon gegeben worden seien. Es werde außerdem fest-
gestellt, daß der französische Botschafter bereits am 13. Mai
die deutsche Regierung aufgeführt hat, die deutsche Be-
wässerung im Ruhrabflussgebiet zu überlassen. Seit
der Zeit habe Lord George von d'Abernon verschiedentlich
den Auftrag erteilt, auf die Transporte von Waffen und
Freiwilligen hinzuwirken, und Lord Curzon selbst habe dem
deutschen Botschafter am Montagabend in gleicher Ange-
legenheit Vorkhaltungen gemacht. Das Blatt behauptet sich
darüber, daß der französische und der englische Botschafter
nicht gemeinsam in Berlin vorgegangen sind, und macht den
Vorschlag, daß dies in Zukunft geschehe. Trotz der von der
deutschen Regierung unternommenen Anstrengungen sei es
verfrüht, anzunehmen, daß die deutschen Antriebe in Ober-
hessen beendet seien. Neue Zwischenfälle könnten ein-
treten und Kanonen und Flinten könnten von selbst los-
gehen.

Zu dem zwischen deutschen und chinesischen Vertretern
in Peking abgeschlossenen Abkommen zur Wiederaufnahme
der Beziehungen dieser beiden Länder erfahren wir u. a.
folgendes: Der bisher noch formell bestehende Kriegs-
zustand wird beendet und dadurch werden die besonderen
Kriegsbestimmungen aufgehoben. Der Grundlag der Gleich-
stellung und Gegenseitigkeit zwischen den Beziehungen der
beiden Staaten soll Anwendung finden. Bestimmungen sind
getroffen über die Wiederentbindung diplomatischer und
konsularischer Vertreter. Die Staatsangehörigen des einen
Teiles sollen in dem Gebiet des anderen Teiles dessen Ge-
setzen und Gerichtsbarkeit unterworfen sein. In den Be-
ziehungen über Handel und Industrie werden die Nationen
gleichgestellt. In der Frage der Fälle ist gegenseitige Miß-
begünstigung vorgehoben. Die Liquidation des deutschen
Eigentums wird eingestellt. Hinsichtlich des Vertrags von
Verailles, dessen Unterzeichnung China definitiv abge-
lehnt hat, sind wegen der China betreffenden Bestimmungen
vereinbarungen getroffen worden. Erwähnt ist, daß die
von Deutschen in der Provinz Schantung erworbenen Rechte
nicht an China zurückgegeben werden. Das Abkommen trägt
den Charakter eines vorläufigen Vertrags und seine Be-
stimmungen sollen als Grundlage für den später abzuschlie-
senden Freundschafts- und Handelsvertrag dienen. Es wird
nach Eingang des genaues Textes unverzüglich den ge-
gebenden Körperschaften zur Genehmigung vorgelegt werden.

Oberhessen.

Wie die Blätter aus Breslau melden, sind dort endlich
auf Umwegen Zeitungen und Briefe aus dem von den Polen
eingeschlossenen oberhessischen Industriegebiet eingetroffen.
Die Zeitungen berichten über eine Fülle polnischer Untaten,
die unter den Augen der französischen Besatzungsgruppen ge-
schehen. In Katowitz wurde eine alte Frau, Mutter von
zwei Kindern, von den Insurgenten auf der Straße er-
schossen. Auf der Nikolai-Strasse brachten die Insurgenten
eine Bombe zur Explosion, durch die zwei Personen getötet
und drei verwundet wurden. Im Promenaden-Restaurant
wurden zwei Personen durch eine Handgranate getötet.
Gegen das Wohnhaus des Eisenbahnpräsidenten wurde ein
Bombenanschlag verübt. Die Tätigkeit der Franzosen be-

schränkt sich darauf, Hausdurchsuchungen bei den deutschen Fa-
milien vorzunehmen.

Die Katowitzer „Oberhessische Morgenpost“ meldet,
daß im polnischen Hauptquartier in Schwidnik französische
Offiziere aus und reichhaltiger. Der Blatt nennt auch die
Namen der französischen Ratgeber Korfantus.
Wie der sozialdemokratische Katowitzer „Volkswille“
meldet, verhindern die Insurgenten die Verteilung der ein-
treffenden Lebensmittel. Wasser und Milch werde an die
Arbeiterfamilien nur gegen Vorzeigung des polnischen Ver-
bandsmitgliedsbuches abgegeben, jedoch zahlreiche Arbeiter
aus Not in den polnischen Verband eintreten mußten.

Keine Verschärfung der Zwangserfassung des Brotgetreides.

Aus dem Reichsministerium für Ernährung und Land-
wirtschaft wird der „Dena“ geschrieben: Der dem Reichstag
vorgelegte Entwurf eines Gesetzes über die Regelung des
Verkehrs mit Getreide gibt fort der gesamten Presse die Ge-
legenheit, sich eingehend mit ihm zu befassen. In der land-
wirtschaftlichen Presse erfährt der Entwurf vielfach die Entschlie-
nung, die vor allem zum Auswegungspunkt des Reichsland-
bundes vom 10. Mai 1921 nimmt. Nach dieser Entschlie-
nung der Entwurf keine Übergangsmäßigkeit zur freien Wirt-
schaft, sondern vielmehr eine sehr erhebliche Verschärfung
des Zwanges. Die in einer Höhe von 3 Millionen Tonnen
Getreide ausfuhrverbotende Umlage, welche fast das Doppelte
der in diesem Entschluß von der Reichsgetreidestelle er-
fahren Menge an Brotgetreide bedeutet würde, „so heißt es
in der Entschlie-ung, „ist eine Maßnahme, die von der Land-
wirtschaft unmöglich noch getragen werden kann, ganz zu
schweigen von der noch völligen Unklarheit der Preis-
gestaltung.“ Hier wird also die neue Umlage von 3 Mi-
llionen Tonnen in Vergleich gestellt zu der in diesem Jahre
von der Reichsgetreidestelle erfassten Menge an Brot-
getreide. Entschlie-ung bleibt völlig unerwähnt, daß neben der
Reichsgetreidestelle auch die selbstwirtschaftenden Kommu-
nalandverbände, und zwar wesentlich mehr als diese, Brod-
getreide erheben haben. Ein Vergleich der künftigen
Lastung der Landwirtschaft mit der jetzigen Aufbringung
kann daher nur gezogen werden, wenn die ganze diesjährige
Aufbringung in Rücksicht gezogen wird. Auch den große,
Organisationen der Landwirtschaft dürfte bekannt sein, daß
nach dem jetzigen Beitragsaufbringungssystem neben der Reichs-
getreidestelle auch die selbstwirtschaftenden Kommunalver-
bände Träger der Aufbringung sind und daß sie nicht
weniger erheben als die Reichsgetreidestelle, zum Teil
Sauptproduktionsgebiete in sich schließen. Um so merk-
würdiger erscheint der in die Entschlie-ung des Reichsland-
bundes angenommene irreführende Vergleich der beabsich-
tigten Umlage mit den Aufbringungen an die Reichsgetreide-
stelle, der allerdings geeignet ist, die großen Kreise der Land-
wirtschaft, die über die Ergebnisse der jetzigen Erhaltung
naturgemäß kein klares Bild haben, gegen das geplante Um-
lageverfahren einzunehmen. Jedenfalls muß gegenüber der
sich in die gesamte Presse gelangende irigen Auffassung fest-
gestellt werden, daß die diesjährige Getreideerhaltung die
Höhe von 3 Millionen Tonnen nicht unwesentlich überlegen
wird, und daß mithin auch die Folgerung, der geplante Ent-
wurf enthalte eine sehr erhebliche Verschärfung des
Zwanges, aus den Erhaltungssätzen nicht hergeleitet wer-
den kann.

Der zweite Kriegsprozess vor dem Reichsgericht.

Unmittelbar an die Verurteilung des Urteils gegen den
ersten Kriegsbeschuldigten idochlich der Prozess gegen den
Hauptmann d. L. a. D. Rechtsanwält Emil Müller
aus Karlsruhe i. B. wegen Gefangenennemhandlung.

Nach Aufsat der 20 englischen Zeilen sagt der An-
geklagte aus, daß er vom Anfang April bis 6. Mai 1918
Kommandant eines englischen Gefangenenslagers in Flang
le Marcell war. Das Lager habe sich durch Sumpf und
Morast ausgezeichnet; es sind ihm täglich zahlreiche Ge-
fangene überwiegen worden, so daß schließlich der Gefange-
nenbestand auf 1500 Mann angewachsen war. Das Ge-
lände sei völlig zerstückt gewesen; die Häuser eingefallen;
nur eine Ritze stand noch, wo er seine Gefangenen unter-
bringen mußte. Auf Anordnen habe er kaum Bedarf für
die Gefangenen beschaffen können, er habe auch nachdrücklich
für Verpflegung verlangt, aber die Verpflegung war mit großen
Schwierigkeiten verzerrt.

Nach dem Eröffnungsbescheid wird dem Angeklagten
zur Last gelegt, daß er vom April bis 6. Mai 1918 durch
mehrere selbständige Handlungen vorzüglich englische Kriegs-
gefangene getötet, gefoltert oder auf andere Weise feroz
mishandelt habe, indem er sie mit Keitpeit-
schen schlug, mit dem Weisheitlichen ins Gesicht schied und
einen Kranken an einen Pfahl binden ließ.

Weiter wird der Angeklagte beschuldigt, einem
Diphtheriekranken mit Gewalt den Mund auf-
gerissen und in zahlreichen Fällen Unteroffiziere und
Wannschaften angewiesen zu haben, englische Gefangene mit
dem Gewehrkolben zu schlagen. Er habe ferner gebudet,
daß die Gefangenen als Schweinehund beschimpft wurden,
Kranke seien zur Arbeit gezwungen worden. Die Gefange-
nen mußten sich in Wasser das Gesicht waschen,
in dem vorher andere Gefangene sich die
Häute gereinigt hätten.

Der Angeklagte gibt ein Bild von den mangelhaften Verhältnissen und den unzureichenden sanitären Einrichtungen im Lager, wo zudem die Ruhr grassierte. Er habe alles getan, was in seinen Kräften lag. Er habe Wasser für mich ausgeben lassen, er habe den Wasserleitungsapparat reparieren lassen, damit das Wasser nicht mehr so weit hergeholt zu werden brauchte, und er habe eine Entlausungsmittel für die Engländer einzuweisen. Im übrigen befürchtet er, der Lagerkommandant gemeldet zu sein; es sei vielmehr der älteste Hauptmann dafür in Betracht gekommen.

Präsident: Durch die grauenhaften Zustände im Lager sollen täglich 5 bis 6 Personen gestorben sein.

Der Angeklagte erwidert, dass er ihm nichts beitragen kann. Der Hauptfall (einen Kranten an einen Pfahl gebunden zu haben) erinnere er sich überhaupt nicht mehr.

Präsident: Ich möchte Ihnen ans Herz legen, hier endlich die reine Wahrheit zu sagen.

Der Angeklagte schwört dann die Arbeitsverhältnisse der Gefangenen. Wieder hätten sich Krant gemeldet. Er habe einen Kranten zur Arbeit gezwungen.

Präsident: Sie sollen in das Grab eines eben Beerdigten hineingefahren sein, um eine lumpige Decke, in die er eingewickelt war, zu retten. Die Gefangenen sollten noch mit militärischen Ehren beisetzt werden wie die deutschen Kameraden aus. Wenn aber ein Grab in dieser Weise geöffnet wird, so ist das unerhörte. Ich hoffe, daß die schwere Anklage einem deutschen Offizier gegenüber nicht nicht demoralisierend. Es wäre sonst furchtbar.

Angeklagter: Ich weiß nicht, wie die Leute dazu kommen, das zu behaupten. Alles ist erfunden.

Präsident: Wenn man Ihre früheren Aussagen durchsieht, hat man den Eindruck, als wenn Sie kleine Seltungen vornehmen wollten. Der Präsident hält Johann dem Angeklagten mehrere Fälle vor, in denen er Gefangene mit der Keitpeitsche gefoltert haben soll.

Der Angeklagte erklärt demgegenüber auf das Bestimmteste, eine Keitpeitsch oder eine Keitpeitsche gar nicht zu haben. Die Gefangenen — so sagt er — sind manchmal wie eine Schweineherde angetrieben, da bin ich vielleicht auch einmal auf die Kompanie sofort zugeworfen und die Gefangenen sind auseinandergefahren, aber daß ich auf die Gefangenen und auseinandergefahren, aber daß ich auf die Gefangenen soll, das stimmt nicht.

Präsident: Wie kamen Sie dazu, einen Mann an eine Pfahl zu binden? Ich hätte den Mann an ein deutsches Kriegsgericht verweisen können, dann wäre er nach Deutschland gekommen, das wollten die Leute nur. Ich habe die englischen Gefangenen zusammenberufen und den Mann 10 Minuten anbinden lassen. Die Strafe schien mir angezeigt, um eine Revolte vorzubeugen.

Der Angeklagte schwört vorher noch einen ihm zur Last gelegten Vorfall. Eines Abends nach dem Appell sei ein Engländer zu ihm gekommen und habe ihm gesagt, er habe Diphtherie. Da habe er dessen Kopf gegen das Licht gehalten und in den Hals gesehen und gesagt: „Ich bemerke nichts.“

Belgischer Prozeß gegen Rathenau.

Nach einer Meldung des „Petit Journal“ aus Brüssel werden gegenwärtig in Lüttich die Vorbereitungen zu einem Prozeß gegen Walter Rathenau angetrieben, der beschuldigt wird, der Organisator der internationalen Zerstörung belgischer Fabriken im Kriege gewesen zu sein. Das Lütticher Gericht hat nämlich in contumacia die Brüder Vandenberg zum Tode verurteilt, die in Ausführung der ihnen von Rathenau erteilten Befehle im Lütticher Industriebezirk für mehr als 100 Millionen belgischer Francs Zerstörungen an verschiedenen Fabriken angeordnet hatten.

Die Anklage des Lütticher Gerichts geht auf eine ganz willkürliche Konstruktion zurück, die Rathenau als Organisator der Kriegsstofffabrikation mit der Verantwortung für die durch Kriegsnott erzwungene Verwendung belgischer Maschinen usw. belasten will. Man kann als Sieger sich natürlich für solche Schäden begreifen lassen, aber es ist unangehörig, daß man eine Komodie des allgemeinen Rechtes daraus macht, um beauftragte Beamte, wenn freilich auch nur in contumacia und ohne eine Auslieferung verlangen zu können, zum Tode verurteilt.

Volksabstimmung in Steiermark am 3. Juli.

Auf dem Freiheitsplatz in Graz fand eine machtvolle Kundgebung zu Gunsten der Anschließungsabstimmung statt, an der mindestens 25 000 Menschen teilnahmen. Seit Baden's Zeiten hat Graz nicht solche Menschenmengen auf den Straßen gesehen. Hierunter stehen Musikanten ihre Weisen ertönen; alle Klassenunterschiede unter den Teilnehmern der Kundgebung waren hinweggewischt. Da sah man den Arbeiter neben dem Studenten, Bürger und Frauen in biederlicher Eintracht. Die Kienlorenzstraße wurde eröffnet durch Professor Hertle. Er wies darauf hin, daß jetzt für das Steirer Volk die entscheidende Stunde gekommen sei, in der es um seine politische Freiheit und sein Selbstbestimmungsrecht geht, und forderte die Verammelten auf, nach deutscher Steirer Art fest zu bleiben. Am den Salzburger und Tiroler Brüdern, die mit leuchtendem Beispiel voranzugehen sind, zu helfen, fordern wir die Abstimmung. Fürmlich begrüßt, nahm dann der Tiroler Gilbert in der Rede aus Innsbruck das Wort. In großgelegter Rede führte er aus: Wir haben ein Recht, unseren Willen kundzutun, und dieser befragt uns über die Anschließung. Ein selbständiges Österreich ist unmöglich. Die dem Bundeskanzler Marx zugelegte Kreditbilanz reichte besten Falles bis August, dann brähe neues Geld herein. Ebenso unmöglich ist auch die Verwirklichung einer Donauabstimmung, es ließe also nur der Anschließung, wie dies auch der Amerikaner Korns in einem Bericht an den Präsidenten Harding betont habe. Wenn wir den Anschließung wollen, so müssen wir auch die Wege dazu ebnen. Den Anfang dazu bildet die Abstimmung, durch die das laudende Volk sein Recht der Entscheidung ausübt. Für eine wenig verpöndende Kreditbilanz werde ich die Nation nicht verkaufen. Als der Redner die Frage stellte, ob die Steiermark weicher als Tirol sein sollte, schall ihm ein lautenförmiges Nein auf die Lippen, so wie sie Tirol und Salzburg treue Gefolgshäuser seien, in insbesondere vielwundersames zu ergehen. Die Verammelten leistete Johann den Treudank, an dem Anschließung teilzunehmen, und gab dem in folgender Entschlossenheit Ausdruck: Tausende deutscher Steirer und Steirerinnen fordern den Verzicht auf, den bereits gefassten Beschluß über eine Volksabstimmung in der Steiermark in kürzester Frist durch-

zuführen und sofort die Wege zu beschreiten, die ihre Durchführung gewährleisten.

Unter dem Eindruck der machtvollen Kundgebung beschloß die Steirer Landesregierung, die Anschließungsabstimmung auf den 3. Juli festzusetzen. Am Mittwoch wiederholte sich vor dem Hotel Wiesler stürmische Kundgebungen für die Anschließung; auch vor dem deutschen Konsulat und dem Gebäude des Arbeitsausschusses brach die Menge immer wieder in begeisterte Rufe für den Anschließung an das Reich aus.

Kammerstimmung in Paris.

Die heutige Kammerstimmung begann unter wesentlich geringerer Teilnahme des Publikums als die vorhergehenden. In Fortsetzung der Interpellationsdebatte ergreift zunächst Abg. Lorin das Wort, um die Ergebnisse der Volksabstimmung in Oberfranken durchzuführen. Er persönlich habe keine Antipathie gegen den Reichsfeldzer, Dr. Wirth, aber dieser habe einige Mitarbeiter, die ihn beunruhigten. Die deutsche Regierung habe vielleicht die Absicht, Verdringung zu geben, aber habe sie auch die Macht dazu. Es frage sich, ob man jetzt in Berlin mit einer vorübergehenden Regierung zu tun habe. Für weitere Abstimmungen des Reichers über das Ergebnis der Volksabstimmung in Oberfranken erinnert Lorin daran, wie die schweren Unruhen in Oberfranken entstanden sind, spricht wiederum seine Meinung dahin aus, daß die Militärs, die in Oberfranken seien, in dem erregten Lande vielleicht nicht so gearbeitet hätten, wie man es hätte wünschen dürfen. Was die wirtschaftlichen Fragen anbetrifft, so gäbe es Sorgen, von denen man sprechen müsse, ohne die Empfindlichkeit der Polen zu verletzen.

Das Industriegebiet arbeite für die ganze Welt. Nach dem Friedensvertrag müsse auf die wirtschaftlichen Notwendigkeiten Rücksicht genommen werden. Die reiche Industrie dürfe nicht durch unerschöpfliche Leistung verhindert werden. Frankreich habe von der polnischen Regierung verlangt, daß die Bedingungen des Vertrages vernünftiger werden, damit, wenn Deutschland Oberfranken genommen würde, man ihm nicht auch die Zahlungsmittel nehme. Fünfzehn Jahre hindurch müsse es Rohmaterialien zu den heutigen Bedingungen beziehen können, und die Gebiete seien verpflichtet, an den Reparationsverpflichtungen Deutschlands teilzunehmen. Der französische Standpunkt sei, daß die reiche Industrie in Polen zugesprochen werde. Wenn die Bevölkerung sich für Deutschland ausgesprochen hätte, dann würde sich Frankreich dem Wortum folgen. Das sei aber kein Grund, daß man Polen die Gebiete, die ihm zustimmen, nicht zusprechen werde. Lorin schloß mit dem Hinweis, daß die Angelegenheit in Paris durch den Ministerpräsidenten für die Entscheidung verlangt zum Schluß, daß Polen, das französische Verbündete sei, auch von den französischen Soldaten beschützt werde.

Deutsches Reich.

Der ehemalige amerikanische Hofminister als kaufmännischer Unterhändler im Rheinland. Der frühere amerikanische Generalpostmeister Albert S. Burleigh hat dem Berliner Korrespondenten des „Chicago Tribune“ zufolge eine zweimonatige Reise durch das Rheinland beendet, wo er im Auftrag der Baumwollindustrien in Texas und der Nationalbank in Austin (Texas) geschäftliche Verhandlungen mit den großen Baumwollproduzenten und -Verarbeitern des rheinischen Gebiets führte. Ueber die Verhandlungen äußerte sich der amerikanische Exp-Portminister, obwohl er keine bestimmten Ziffern über die in Frage stehenden Baumwollmengen, Preissteigerung und etwaige Kreditverträge, nach zuverlässig. Mr. Burleigh erwähnte noch im Verlauf der Unterredung mit dem Korrespondenten, daß die Hamburger Firma Metz Warburg an der Transaktion stark interessiert sei und daß er bei seinen Verhandlungen auch die tatkräftigste und wärmste Unterstützung der Reichsregierung gefunden habe.

Auslands-Rundschau.

Eisenbahnerstreik in Kgypten. Die Werkstarbeiter und die Angestellten der Eisenbahnwerkstätten in Kairo sind in den Ausstand getreten. Es broht ein allgemeiner Eisenbahnerausstand.

Die „Nördliche Entente“. Zu der Großen und Kleinen Entente wird nunmehr bald die „Nördliche Entente“ treten. Nach einer Erklärung des lettischen Landboten in Finnland stehen die drei baltischen Staaten Estland, Lettland und Litauen unmittelbar vor dem Abschluß einer militärpolitischen Konvention. Man hofft, daß auch Finnland und Polen bald dieser sog. Nördlichen Entente beitreten werden.

Halle und Umgebung.

Die Neuregelung der Getreidebewirtschaftung 1921/22.

hatte, wie wir unseren Lesern schon mitgeteilt haben, in der letzten Handelsversammlung ein Wortgeschehen der Kammerpräsidenten Mühlendirektors Leister zum Thema. Der Redner, der bekanntlich als kaufmännischer Direktor der Süddeutschen Mühlenwerke für diese Materie besondere Sachkenntnis besitzt, gab ein erschöpfendes Bild über die Entwicklung der Getreidebewirtschaftung, über die geplante Neuregelung und über die möglichen Auswirkungen. Bei dem allgemeinen Interesse und der tief einschneidenden volkswirtschaftlichen Bedeutung der Sache sahen wir heute, nachdem wir am Mittwoch den Inhalt und die Entwürfe des Redners, die bekanntlich von der Handelskammer einmütig zum Beschluß erhoben wurden: Verwerfung des Umlageverfahrens, Beibehaltung der Zwangsveräußerung, auf die Ausführungen noch etwas näher ein.

Der Direktor Leister legte dar: Der vorliegende Gelebenswurf will statt der Zwangsveräußerung ein Umlageverfahren einführen, bei dem ein Teil der Ernte durch Umlage zu einem Preis für die Wirtschaft der Getreidebewirtschaftung noch gewährt bleibt. Bei solcher Preisgestaltung würde sich die Steuerung des Brotpreises in möglichem Grenzen halten. Dagegen soll die Preisbildung des Umlageverfahrens, aus dem sich die getreideverarbeitenden Industrien vorlesen sollen, dem freien Markt überlassen bleiben, damit der Getreidehandel auf diesem Wege endlich befreit wird. Der Redner schloß, daß das Umlageverfahren von ungefähr 3,5 Millionen auf 3 Millionen Tonnen beschränkt werden. Die Umlage ist auf einen Viertel bis zum 15. Oktober, auf einem weiteren Viertel bis zum 15.

Dezember und der Rest bis zum 28. Februar an die Reichsgetreidekasse zu liefern.

Der Redner sprach dann im Einzelnen die Paragrafen des Gelebensurteils dar. Gegen § 14 erhebt der Handel die Schwierigkeiten. Der § 15 ist für die Getreidebewirtschaftung ein mit einem Umlageverfahren in Deutschland hat eine Einlage an den Reichstag getätigt, in der er folgende Ergänzung vorschlägt: „Die Kommunalverbände haben für den Erwerb des Getreides mindestens zwei Kommissionäre zu bestellen. Die Anzahl der Kommissionäre ist auf Verlangen der Reichsgetreidekasse zu erhöhen. Bei einem Teil dieser Kommissionäre hat der Kommunalverband schon im Frieden tätig war, untüchtig zu befristigen. Die Zahlgröße, die die Reichsgetreidekasse für die an sie abgelieferten Mengen zahlt, sind ohne Abzug an die Personen zu verteilen, die den Einkauf in unmittelbarem Verkehr mit den Erzeugern befragen. Die Kommissionäre, die die Kommissionäre einen Teil ihrer Kommissionsgebühren an den Kommunalverband abzurufen haben, sind ohne vorherige Zustimmung der Reichsgetreidekasse nicht. Beträge, durch die mit Rücksicht auf die Beistellung als Kommissionäre ein Entgelt zugestimmt wird, sind nicht nicht.“

Die Umlage wird dann weiter erklärt: Es hat den Anschein, als ob die Reichsgetreidekasse sich von dem neuen Kommissionsverfahren befreien und die Entscheidung darüber selbständig den Kommunalverbänden überlassen will. Diese Regelung wäre für den Handel von überaus großem Nachteil, da einmal zahlreiche Kommunalverbände geneigt sind, die Getreidekassen zu befristigen, da auf der anderen Seite die Kommunalverbände völlig selbständig entscheiden können, vollkommen abhängig vom Kommunalverband war.

Redner ergriff die Handelskammer, diese Förderung des Handels durch eine entsprechende Vorkaufstellung bei dem Reichstag zu unterstützen. Die Vorkaufstellung soll die bisherige Sachlage der Kommunalverbände sein. Es bedarf sich naturgemäß jetzt auf die Bewirtschaftung des den Kommunalverbänden von der Reichsgetreidekasse zugewiesenen Getreides. Bisher gab es selbst wirtschaftliche Kommunalverbände und veräußerungsbedingte, d. h. solche, denen das Recht von der Reichsgetreidekasse zugewiesen wurde. Nach dem Entwurf hat jeder Kommunalverband der R. G. bis zum 1. Juli zu erklären, ob er seinen Bevölkerungsanteil in Getreide oder in Weizen zugewiesen haben will. Bei der bisherigen gelesenen Behandlung der Getreidebewirtschaftung hat man sich dies damit begnügt, zu erklären, daß ein Ansehen des Brotpreises auszureichen ist, in die Höhe und dadurch verminderte Exportfähigkeit nicht ertragen werden könne und daß deshalb die Zwangsveräußerung fortgesetzt werden müsse. Redner gibt an, daß die Regierung betreiben Widerstände der Getreidekassen, Eisenbahnen und anderer Veräußerer treffe begegnet wäre, wenn sie einen Entwurf über die Bewirtschaftung der Getreidebewirtschaftung vorlegen wollte. Andererseits muß man sich die unvollständigen Leistungen der Zwangsveräußerung vor Augen halten, in erster Linie den unangehörigen Rückgang des Anbaus, weit mehr aber des Exportes in Brotgetreide.

Die Anbaufläche für Brotgetreide ist von 7,8 Millionen im Jahre 1913 auf 5,95 Millionen im Jahre 1920 gesunken. Der Getreideertrag im selben Jahr von 1,83 auf 1,44 Tonnen, also um 21,3 Prozent, die Getreidemenge an Brotgetreide von 13,3 Millionen Tonnen auf 8,6 Millionen also um 35,3 Prozent, und gar auf 6,9 Millionen Tonnen 1920 Das sind 45,4 Prozent.

Diese Zahlen beziehen sich nur auf die nach dem Friedensvertrag der Deutschland überlebenden Erzeugnisse. Die Getreidemenge an der Hand.

Voriges Jahr um die Zeit erhielt der Landwirt für den Zentner Getreide 20,25 Mark, für den Zentner Weizen 22,75, für den Zentner Hafer 22,5 bis 23 Mark. Für den Zentner Roggen 20,75 bis 22 Mark und für Kälber geltendes 1600 bis 1800 Mark. Wie kann man sich über den Verlust der Körnerbewirtschaftung wundern! Die Folge war, daß B. von unten Steuererlösen jenseitig aufgebracht wurden, das nicht nur der inländische Bedarf gedeckt werden konnte, sondern darüber hinaus noch große Mengen hatten ausgeführt werden können, die aber, da derartige Genehmigungen nur vereinzelt erteilt wurden schließlich nicht verwirklicht werden müßten, aber noch lauzer.

Man den Getreideertrags der Zwangsveräußerung ist darum die völlige Freigabe der Produktion und damit insbesondere die völlige Freigabe der Preisbildung, das Mittel, welches einzeln und allein die im Interesse des deutschen Volkes

notwendige Produktionssteigerung herbeiführen kann.

Das Umlageverfahren hält der Redner für unausführbar denn es ist voraus, daß die Landwirte, die hinter dem Umlageverfahren stehende Staatsautorität genügend respektieren, um sich an die Vorschriften zu halten. Das Gegenteil ist bereits durch die vom Kommissionsmitglied vorgenommene Vernehmung, mit dem entscheidend wichtigsten Grund für die Beibehaltung, daß das Umlageverfahren unangehörig zur Versorgung der Bevölkerung ist. führt der Redner an, daß die Landwirte, da sie unter Weizen, Roggen Gerste und Hafer die Wahl haben, lieber diejenige Getreideart auf ihre Anlage abzugeben werden, die ihnen in freien Verkehr noch auszuführen den niedrigeren Preis bringt. Nun sitzt es in Deutschland 49 Millionen Veräußerungsberechtigten, die zu fünf Siebeneln aus der Umlage verlangt werden sollen. Die 35 Millionen müßten also gerinnbareres, wenn aus billiges Brot essen, während die übrigen 14 Millionen Veräußerungsberechtigten, die Selbstverlänger und Veräußerungsberechtigten, sich an den niedrigeren Preis guttun können. Das schafft große Unzufriedenheit.

Ob es angezeigt erscheint, das große Städte wie a. B. Berlin sich Getreide zur Vermehrung zuweisen lassen, bemerkt der Redner, denn eine so große Stadt läßt Gefahr, daß für das Umlagegetreide nicht rechtsseitig und in nicht genügenden Mengen geliefert wird.

Gegen die Freigabe des Inlandsgetreides wird stets eingewendet, daß dann der Brotpreis stark ansteigen wird. Diese Lausche läßt sich nicht befechten. Es ist aber demgegenüber darauf aufmerksam zu machen, daß im Endeffekt bei den bisherigen Zuständen auch Preise herauskommen, die, wenn man den vom Kommissionsmitglied genannten Sachverhalt, mit dem vom Reich gesahnten Zuschüssen und den unvorzähligen Ausgaben des zwangsveräußerungsberechtigten Apparates, wahrheitsgemäß heute schon den Brotpreisen bei freier Preisbildung gleichkommen.

Uebrigens kann die Devisenpolitik mit den Reichszuschüssen nach Redners Lebensansatz auf die Devisen nicht weitergehen; einmal die Zeit kommt, daß für Brot verlangt über den Preis bezahlt wird, der seinen wirklichen Werte entspricht. Die Entente hat übrigens unsere Regierung schon wissen lassen, daß die Zuschüssebewirtschaftung nicht weiter gehalten werden sollte. Da das Reich die Zuschüsse des Bezirkes notwendig ist, vorzuziehen hat, so ist es nicht nicht zu befürchten, daß die Preise für das freie Inlandsgetreide eine unerwünschte Höhe erreichen, denn das Reich hat es in der Hand, durch Angebot von beispielsweise 200 bis 300 000 Tonnen Inlandsgetreide zu einem ermäßigten Preise die Inlandsverteilung unter den Verbrauchern. Der Zufuß des Reiches würde dabei geringer sein als bei dem jetzigen Verfahren. Amerikanischer Weizen ist seit dem Frühjahr 1920 um ungefähr ein Drittel im Preise gefallen. Vor kurzem ließ sich Weizen für Juli/August 1921 mit 3400 Mark die Tonne nach Hamburg legen. Wenn sich nun der Preis für Inlandsgetreide dem für Inlandsgetreide etwa 2000 Mark betragenden Auslandes gleichstellt, so gab das Inlandsgetreide nach Redners Ansicht nicht als übermäßig zu beschließen. Keinesfalls würde der Zufuß jemals bei heute geschätzten Betrag von neun Milliarden erreichen.

Alle Voraussetzungen sind heute vorhanden, um in diesem Jahre eine glänzende Ernte zu erwarten. Wir werden daher nicht in dem Maße auf Auslandszufuhren angewiesen sein wie 1920, das bishe „Achtel“

Berliner Fondsbörse vom 26. Mai.

Obwohl man die politische Lage unverändert betrachtet, prägte sich in der Tendenz der Börse heute doch eine große Unsicherheit aus und die Haltung der Kurse zeigte keine Einheitsart.

Die Anzahl der Publikationen, die in dieser Woche erschienen sind, ist eine größere Anzahl wichtiger Werte Kursrückgänge festzustellen, die sich allerdings in immerhin mäßigen Grenzen hielten.

Die Spekulation nahm zum Teil Abgang, vor anderen vornehmlich die Spekulation in Aktien, die sich in der letzten Zeit sehr stark anfanglicher Ausweitung geschwächt wurde.

Von Industriewerten erzielten Stettiner Vulkan bei starken Käufen der Spekulation einen Gewinn von 16 pCt. Auch Augsburg Nürnberg wurden wieder gekauft, die Aktien des letzteren zeigten Besserungen bis zur Senze von 3 pCt.

Die Böher allerdings leicht rückgängig.

Elektropapiere, in denen das Geschäft äußerst gering war, erzielte leichte Aufbesserungen.

Am Schifffahrtsmarkt, mit Ausnahme von Hapag, die leicht rückgängig war, Steigerungen bis zur Höhegrenze von 4 pCt.

Die Aktien der Ballistikwerke, Kalkenwerte dagegen bei kaum veränderten Kursen geschäftlos.

Von chemischen Werten Aktien der Farbengruppe leicht befestigt, Auch Goldschmidt zu etwas höheren Kursen am Markt geschäftlos.

Petroleumwerte heute stärker angeboten. Deutsche Petroleum mit 775, Di. Erdöl mit 850 genannt.

Die Festigkeit des Devisenmarktes hatte naturgemäß auch für die Valutapapiere starke Steigerungen zur Folge, unter denen besonders die Wertpapiere der Ballistikwerke, Kalkenwerte hervorgehoben ist.

Ueberseesertifikate nur leichter anziehend und Schantungbahn sogar eine Kleinigkeit rückgängig.

Kolonialpapiere nicht einheitlich. Neu-Guinea fest, da Anleihen niedriger. Unter den im freien Verkehr gehandelten Werten war lebhaft Kolonialanleihe, die bis auf 6350 angesetzt, während die übrigen Werte beiruhigend geschäftlos zu folgenden unvertänderten Kursen genannt wurden: Südsee 1588, Siamas 1750, Pomona 2850.

Am Bankmarkt war die Haltung nicht einheitlich und das Geschäft äußerst still. Dermeist Bank leicht gebessert, dagegen Deutsche Bank mäßig schwächer.

Im weiteren Verlauf die Haltung nicht mehr einheitlich. Geschäft weiterhin vollkommen lustlos, so daß Kursrückstärkungen nur ganz unbedeutend zu verzeichnen waren.

Die Anzahl der Publikationen, die in dieser Woche erschienen sind, ist eine größere Anzahl wichtiger Werte Kursrückgänge festzustellen, die sich allerdings in immerhin mäßigen Grenzen hielten.

Die Spekulation nahm zum Teil Abgang, vor anderen vornehmlich die Spekulation in Aktien, die sich in der letzten Zeit sehr stark anfanglicher Ausweitung geschwächt wurde.

Von Industriewerten erzielten Stettiner Vulkan bei starken Käufen der Spekulation einen Gewinn von 16 pCt. Auch Augsburg Nürnberg wurden wieder gekauft, die Aktien des letzteren zeigten Besserungen bis zur Senze von 3 pCt.

Die Böher allerdings leicht rückgängig.

Die Festigkeit des Devisenmarktes hatte naturgemäß auch für die Valutapapiere starke Steigerungen zur Folge, unter denen besonders die Wertpapiere der Ballistikwerke, Kalkenwerte hervorgehoben ist.

Ueberseesertifikate nur leichter anziehend und Schantungbahn sogar eine Kleinigkeit rückgängig.

Kolonialpapiere nicht einheitlich. Neu-Guinea fest, da Anleihen niedriger. Unter den im freien Verkehr gehandelten Werten war lebhaft Kolonialanleihe, die bis auf 6350 angesetzt, während die übrigen Werte beiruhigend geschäftlos zu folgenden unvertänderten Kursen genannt wurden: Südsee 1588, Siamas 1750, Pomona 2850.

Am Bankmarkt war die Haltung nicht einheitlich und das Geschäft äußerst still. Dermeist Bank leicht gebessert, dagegen Deutsche Bank mäßig schwächer.

Im weiteren Verlauf die Haltung nicht mehr einheitlich. Geschäft weiterhin vollkommen lustlos, so daß Kursrückstärkungen nur ganz unbedeutend zu verzeichnen waren.

Die Anzahl der Publikationen, die in dieser Woche erschienen sind, ist eine größere Anzahl wichtiger Werte Kursrückgänge festzustellen, die sich allerdings in immerhin mäßigen Grenzen hielten.

Die Spekulation nahm zum Teil Abgang, vor anderen vornehmlich die Spekulation in Aktien, die sich in der letzten Zeit sehr stark anfanglicher Ausweitung geschwächt wurde.

Von Industriewerten erzielten Stettiner Vulkan bei starken Käufen der Spekulation einen Gewinn von 16 pCt. Auch Augsburg Nürnberg wurden wieder gekauft, die Aktien des letzteren zeigten Besserungen bis zur Senze von 3 pCt.

Die Böher allerdings leicht rückgängig.

Die Festigkeit des Devisenmarktes hatte naturgemäß auch für die Valutapapiere starke Steigerungen zur Folge, unter denen besonders die Wertpapiere der Ballistikwerke, Kalkenwerte hervorgehoben ist.

Ueberseesertifikate nur leichter anziehend und Schantungbahn sogar eine Kleinigkeit rückgängig.

Kolonialpapiere nicht einheitlich. Neu-Guinea fest, da Anleihen niedriger. Unter den im freien Verkehr gehandelten Werten war lebhaft Kolonialanleihe, die bis auf 6350 angesetzt, während die übrigen Werte beiruhigend geschäftlos zu folgenden unvertänderten Kursen genannt wurden: Südsee 1588, Siamas 1750, Pomona 2850.

Am Bankmarkt war die Haltung nicht einheitlich und das Geschäft äußerst still. Dermeist Bank leicht gebessert, dagegen Deutsche Bank mäßig schwächer.

Im weiteren Verlauf die Haltung nicht mehr einheitlich. Geschäft weiterhin vollkommen lustlos, so daß Kursrückstärkungen nur ganz unbedeutend zu verzeichnen waren.

Die Anzahl der Publikationen, die in dieser Woche erschienen sind, ist eine größere Anzahl wichtiger Werte Kursrückgänge festzustellen, die sich allerdings in immerhin mäßigen Grenzen hielten.

Die Spekulation nahm zum Teil Abgang, vor anderen vornehmlich die Spekulation in Aktien, die sich in der letzten Zeit sehr stark anfanglicher Ausweitung geschwächt wurde.

Von Industriewerten erzielten Stettiner Vulkan bei starken Käufen der Spekulation einen Gewinn von 16 pCt. Auch Augsburg Nürnberg wurden wieder gekauft, die Aktien des letzteren zeigten Besserungen bis zur Senze von 3 pCt.

Die Böher allerdings leicht rückgängig.

Die Festigkeit des Devisenmarktes hatte naturgemäß auch für die Valutapapiere starke Steigerungen zur Folge, unter denen besonders die Wertpapiere der Ballistikwerke, Kalkenwerte hervorgehoben ist.

Ueberseesertifikate nur leichter anziehend und Schantungbahn sogar eine Kleinigkeit rückgängig.

Kolonialpapiere nicht einheitlich. Neu-Guinea fest, da Anleihen niedriger. Unter den im freien Verkehr gehandelten Werten war lebhaft Kolonialanleihe, die bis auf 6350 angesetzt, während die übrigen Werte beiruhigend geschäftlos zu folgenden unvertänderten Kursen genannt wurden: Südsee 1588, Siamas 1750, Pomona 2850.

Am Bankmarkt war die Haltung nicht einheitlich und das Geschäft äußerst still. Dermeist Bank leicht gebessert, dagegen Deutsche Bank mäßig schwächer.

Im weiteren Verlauf die Haltung nicht mehr einheitlich. Geschäft weiterhin vollkommen lustlos, so daß Kursrückstärkungen nur ganz unbedeutend zu verzeichnen waren.

Die Anzahl der Publikationen, die in dieser Woche erschienen sind, ist eine größere Anzahl wichtiger Werte Kursrückgänge festzustellen, die sich allerdings in immerhin mäßigen Grenzen hielten.

Die Spekulation nahm zum Teil Abgang, vor anderen vornehmlich die Spekulation in Aktien, die sich in der letzten Zeit sehr stark anfanglicher Ausweitung geschwächt wurde.

Von Industriewerten erzielten Stettiner Vulkan bei starken Käufen der Spekulation einen Gewinn von 16 pCt. Auch Augsburg Nürnberg wurden wieder gekauft, die Aktien des letzteren zeigten Besserungen bis zur Senze von 3 pCt.

Die Böher allerdings leicht rückgängig.

Amtl. Kurse vom 26. Mai.

Deutsche Anleihen

Table with columns for bond types (e.g., Reichsanleihe, Provinzialanleihe) and their respective prices.

Preußische Pfandbriefe

Table listing various Prussian mortgage bonds and their market values.

Prämien-Anleihen

Table of premium bonds including Reichsanleihe and others.

Hypothek. Pfandbr.

Table of mortgage bonds from various banks and regions.

Stadtanleihen

Table of municipal bonds from cities like Berlin and Hamburg.

Schiffahrts-Aktien

Table of shipping company stocks such as Hapag and Norddeutscher Lloyd.

Bank-Aktien

Table of bank stocks including Deutsche Bank and Commerzbank.

Ausländische Anleihen

Table of foreign bonds from countries like England, France, and the US.

Brauereien

Table of brewery stocks including Beck & Co., Kaiser Brewery, etc.

Industrie-Aktien

Table of industrial stocks from various sectors.

Deutsche Eisen-Akt.

Table of German iron and steel stocks.

Kleinbahn-Aktien

Table of small railway stocks.

Werte (Verkauf)

Table of securities being sold, including various bonds and stocks.

Werte (Kauf)

Table of securities being bought, including various bonds and stocks.

Werte (Kauf)

Table of securities being bought, including various bonds and stocks.

Pariser Fondsbörse

Text describing the Paris stock market conditions and key movements.

Kolonial-Werte

Table of colonial stocks and bonds.

Fortlaufende Notierungen

Table of continuous market quotations for various securities.

Devisen

Table of exchange rates for various currencies.

Kurse um 2 Uhr

Table of market rates at 2 o'clock.

Werte (Kauf)

Table of securities being bought.

Werte (Kauf)

Table of securities being bought.

Werte (Kauf)

Table of securities being bought.

Werte (Kauf)

Table of securities being bought.